

Parteien und Parteiensystem

die führende Partei im Unterland war). Das Majorzwahlssystem brachte eine einseitige Mandatsverteilung mit sich. Die Volkspartei errang bei den Wahlen 1922 bis 1926 alle Mandate im Oberland, die Bürgerpartei fast ausnahmslos die Mandate im Unterland.

Innenpolitische Auseinandersetzungen 1928 bis 1945

1928 geriet die «Spar- und Leihkasse»¹⁸¹ in Schwierigkeiten, weil mangelhafte oder nicht gedeckte Kreditpositionen und spekulative Wechselgeschäfte grosse Verluste verursachten. Die verantwortlichen Personen wurden zur Rechenschaft gezogen. Auch Wilhelm Beck als Präsident des Verwaltungsrates trug Verantwortung in dieser Angelegenheit. Diese sogenannte «Sparkassaaffäre»¹⁸² wurde daher politisch der Volkspartei angelastet. Die dadurch ausgelösten Neuwahlen bescherten der Volkspartei eine herbe Niederlage. Sie verlor 5 ihrer 9 Mandate im Oberland und konnte im Unterland wie gehabt kein Mandat gewinnen.

Dies war der Beginn einer 42jährigen Regierungsdauer der FBP, die bis 1970 dauerte. Josef Hoop war der erste FBP-Regierungschef in dieser Zeitperiode. Er leitete die Geschicke des Landes in der innen- und aussenpolitisch schweren Zeit der 30er Jahre, der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der drohenden Anschlussgefahr an das nationalsozialistische Deutschland.¹⁸³ 1930 legten die verbliebenen 4 Abgeordneten der VP ihr Mandat nieder, weil die VP die Auffassung vertrat, dass vier Jahre nach den letzten ordentlichen Wahlen von 1926 Neuwahlen fällig seien. Die FBP vertrat den Standpunkt, dass nach den vorgezogenen Neuwahlen von 1928 erst vier Jahre später wieder Wahlen fällig seien. Bei den Nachwahlen für die 4 Abgeordneten kandidierte nur die Bürgerpartei und war nunmehr alleinige Partei im Landtag. In der Folge wurde der Wahlmodus geändert und es fanden 1932 wieder Landtagswahlen statt. Aber die Volkspartei hatte sich von ihrem Rückschlag noch nicht erholt. Sie litt weiter unter der Dominanz der FBP.

Anfang der 30er Jahre begann sich erstmals eine namhafte politische Opposition neben den beiden bereits etablierten Parteien zu formieren.

¹⁸¹ Die «Spar- und Leihkasse» war die Vorläuferin der heutigen Liechtensteinischen Landesbank AG.

¹⁸² Vgl. *Wille* 1981: 69f.; *Brunhart/Quaderer* 1996: 115.

¹⁸³ Vgl. *Geiger* 1990b; *Geiger* 1997.